

# Kontroverse in Königsberg. Jüdische Nationalitäten in Ostpreußen in der Weimarer Republik

von Sabine Thiem

Für die ostmitteleuropäische Nationalismusforschung weisen die Juden in Ostpreußen zur Zeit der Weimarer Republik eine Eigenart auf. In den meisten Fällen von Nationsbildung vom Baltikum über Polen und Litauen bis nach Kroatien und Serbien – ganz zu schweigen vom großrussischen „Dritten Rom“ – wird *eine* Nationalität mit *einer* Konfession in Übereinstimmung gebracht und geradezu über sie konstruiert. Modellhaft könnte von einer Erweiterung oder sogar Ersetzung konfessioneller durch nationale Kollektivbildungen gesprochen werden. Infolgedessen werden die Nationen Ostmittel- und Südosteuropas, wie sie im Laufe des 19. Jahrhunderts konzipiert wurden und nach 1919/20 zum Großteil eigene Nationalstaaten bildeten, sehr stark mit einer bestimmten Konfession identifiziert.<sup>1</sup> Im Hinblick auf die prekäre Stellung des Katholizismus im preußisch-deutschen Nationalstaat kann dabei durchaus vom Protestantismus als der für den deutschen Staatsnationalismus konstitutiven Konfession gesprochen werden.

Eine einzige Konfession – die jüdische – erzeugte in diesem Rahmen unterschiedliche, sogar konkurrierende Nationalismen. Das Judentum konnte aufgrund seiner charakteristischen geographischen Streuung (Diaspora) nicht unmittelbar jene Kombination von Konfession, kulturellen und sprachlichen Traditionen sowie territorialer Beschränkung entwickeln, wie sie für den Nationalismus des 19. Jahrhunderts typisch ist. Andererseits machten es eben jene konfessionellen Traditionen unmöglich, die in Ostmitteleuropa lebenden Juden ohne weiteres in die entstehenden Nationskonzepte aufzunehmen. Weder konnten sich die Juden leicht in solchen stark (christlich-)konfessionell bestimmten Nationsbegriffen wiederfinden, noch fiel es denen, die diese Begriffe formulierten, leicht,

---

<sup>1</sup> Ein gutes Beispiel aus der hier zu behandelnden Region sind die rund 100 000 Kaschuben (um 1900) in Ostpommern und Westpreußen, die wohl allein ihrer evangelischen Konfession wegen nicht (wie z.B. die Masowier) mit der polnischen Nationalität identifiziert wurden; die dahingehenden offiziellen polnischen Bestrebungen blieben vor 1945 ergebnislos.

die Präsenz der Juden in ihre Interpretationen zu integrieren.<sup>2</sup> In bezug auf die Juden im neuen deutschen Nationalstaat nach 1871 äußerte sich dies in der niemals geklärten Frage nach ihrer Zugehörigkeit zum „deutschen (Staats-)Volk“. Zwischen der gesetzlich garantierten bürgerlich-rechtlichen Gleichstellung aller Staatsbürger und der Praxis blieb stets eine Lücke.

Gegenstand des vorliegenden Artikels soll aber nicht dieses oft erörterte Thema sein. Meine Untersuchung der Produktion jüdischer konfessioneller und nationaler Identitäten im Ostpreußen der Weimarer Republik soll nicht die Geschichte der deutschen Juden am Beispiel Ostpreußens erläutern, sondern die Diskussionen über diese Frage nachzeichnen und interpretieren, die unter den ostpreußischen Juden in den 20er und frühen 30er Jahren geführt wurden – und möglicherweise in dieser Form nirgendwo anders hätten geführt werden können. Anhand einer Analyse der Gemeindezeitung der jüdischen Gemeinden in Ostpreußen, des „Königsberger Jüdischen Gemeindeblatts“, das von 1924 bis 1938 erschien, ist es möglich, die Fragen verschiedener jüdischer Identitäten zu rekonstruieren: die des „Deutschen jüdischen Glaubens“ und die der Zionisten, die das Judentum als Nationalität verstehen wollten. Ich untersuche die Debatte im „Königsberger Jüdischen Gemeindeblatt“ bis zum Jahre 1933, als die deutsch-völkische Bewegung letzteren Standpunkt auf makabre Weise dauerhaft durchsetzen konnte – bis heute.<sup>3</sup>

Der Begriff „Nationalismus“ unterliegt immer wieder der Definitionslosigkeit.<sup>4</sup> Eine möglicherweise praktikable Umschreibung der „gemein-

<sup>2</sup> Es geht hier um Konzepte, nicht um politische Praxis. Bekanntlich hielten und halten das Zarenreich und seine Nachfolgestaaten in bezug auf die Juden an der „pränationalen“ Definition über das Kriterium der Religion fest. Problematisch für die Herrschaftspraxis wird die Nationalität von „Juden“ erst, wenn sich der Staat mit Hilfe des Nationsgedankens (und nicht des religiös-imperialen) legitimiert.

<sup>3</sup> Im öffentlichen Diskurs der Bundesrepublik, der völkischer Einstellungen weitgehend unverdächtig ist, wird häufig statt der offiziösen Formulierung „jüdische Mitbürger“ in bester Absicht von „Deutschen und Juden“ gesprochen und geschrieben. Gerade daß diese Formulierung ohne diskriminatorische Intention gebraucht wird, zeigt, daß die stillschweigende Implikation, „Jude“ und „Deutscher“ seien gleichgeordnete, nämlich nationale Kategorien, sich im kollektiven Bewußtsein weitgehend durchgesetzt hat. Gelegentlich äußert sich dies in einer Weise, die dann von der öffentlichen Meinung gebührend registriert wird. Mitte der 90er Jahre wurde bundesweit berichtet, daß die CDU-Oberbürgermeisterin von Frankfurt a.M., Petra Roth, gegenüber Ignaz Bubis, dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden Deutschlands und selber Frankfurter, die Hoffnung geäußert habe, die kriegserischen Auseinandersetzungen „in seinem Land“ würden bald ein Ende finden. Bubis habe geantwortet, von einem so heftigen hessisch-bayerischen Konflikt sei ihm nichts bekannt.

<sup>4</sup> Laut Benedict Anderson, *Die Erfindung der Nation*. Frankfurt/New York 1988, S. 15f., läßt sich für den Nationalismus keine präzise Definition geben. Es sei sinnvoll, ihn statt wie eine Weltanschauung (ähnlich „Liberalismus“ oder „Faschismus“)

schaftsstiftende[n] Komponente[n] oder Merkmale von Nationalismus“ bezieht sich auf „z.B. das Bewußtsein eines Anders- oder Besonderssein vor allem aufgrund ethnischer, sprachlicher oder konfessioneller Homogenität, die Betonung von Gemeinsamkeit von soziokultureller Einstellung und historischen Erinnerungen, Sendungsbewußtsein, Gering-schätzung anderer Völker oder Animosität ihnen gegenüber“.<sup>5</sup> In dieser Beschreibung herrschen Begriffe der Wahrnehmung vor: „Bewußtsein“, „Betonung“, „Einstellung“ usw. Bei dieser gegebenen Einschränkung des Nationalismusbegriffes gehe ich davon aus, daß Nationen keine historischen Gegebenheiten sind – wie der in Ost- und Mitteleuropa vorherrschende sogenannte „objektive Nationalismus“<sup>6</sup> behauptet –, sondern kulturelle Konstrukte. Darin schließe ich mich den insbesondere von Forschern wie Benedict Anderson und Ernest Gellner vertretenen Thesen über die Nationen als „imaginierte Gemeinschaften“ an, die gerade die vom „objektiven Nationalismus“ reklamierten Charakteristika wie gemeinsame Sprache, Geschichte und Kultur mittels diskursiver Praktiken (z.B. über Presse, Buchveröffentlichungen, nationalstaatliche Erziehungssysteme) erst hervorbringen.<sup>7</sup> Insofern sind Nationalitäten das Resultat zwar nicht individueller Entscheidungen, wohl aber kollektiver Diskussionen, Verhandlungen und Praktiken. Im 19. und selbst im frühen 20. Jahrhundert waren diese „Verhandlungen“ noch offen, was ich für die Juden in Ostpreußen zeigen möchte: Nationalität als Option. Die europäischen Nationalitäten, wie sie sich bis zum ersten Drittel des 20. Jahrhunderts herausgebildet hatten, sind keinesfalls die notwendigen oder naheliegendsten Ergebnisse dieser „Verhandlungen“ – wie vor allem in Südosteuropa, aber auch in mehreren westeuropäischen Ländern bis heute deutlich ist. In dieser Hinsicht ist auch das „Deutschtum“ Ostpreußens, vor dessen Hintergrund die ostpreußischen Juden ihre eigenen nationalen Standortbestimmungen vornehmen mußten, ein kulturelles Konstrukt,

---

begrifflich wie „Verwandtschaft“ oder „Religion“ einzuordnen, also als eine kultur-anthropologische Erscheinung.

<sup>5</sup> Peter Alter, *Nationalismus*. Frankfurt 1985, S. 13.

<sup>6</sup> Eine Erörterung des „objektiven“ oder „subjektiven“ Nationsbegriffs würde den Rahmen dieser Einleitung sprengen. Ich möchte nur betonen, daß ich mich in der Ablehnung des ersteren (Nation anhand „objektiver“ Kriterien wie Sprache, Kultur, Abstammung usw. erkenn- und abgrenzbar) nicht letzterem, dem „voluntaristischen“ Nationsbegriff (Nation als gemeinsame Willenserklärung all ihrer Bürger) anschließe. Es geht nicht um die Bewertung richtiger oder falscher Definitionen, sondern um die Beschreibung eines historischen Phänomens.

<sup>7</sup> Aphoristisch bei Ernest Gellner, *Thought and Change*. London 1964; zit. nach Anderson, *Erfindung* (wie Anm. 4), S. 169: „Nationalismus ist keineswegs das Erwachen von Nationen zu Selbstbewußtsein: man erfindet Nationen, wo es sie vorher nicht gab.“

das Ergebnis einer durchaus nicht apriorisch entschiedenen Nationsbildung. Ein Beispiel für einen Ostpreußen betreffenden Entwurf des 19. Jahrhunderts, der keinen Erfolg hatte, ist die „Erfindung“ der niederdeutschen (der „sassischen“ oder „dietschen“) Nation von Dünkirchen bis Königsberg, die von der flämisch-niederländisch-plattdeutschen Spracheinheit ausging.<sup>8</sup> Es ist einer von mehreren Entwürfen des 19. Jahrhunderts, der sich nicht durchsetzte. Er scheiterte nicht daran, daß er „falsch“ oder weniger begründet war als andere (in diesem Fall der kleindeutsche Entwurf des Bismarckstaats), sondern an kontingenten Umständen. In diese Zeit der Möglichkeiten fällt die Beschreibung der jüdischen Gemeinde zu Königsberg und der in ihr entstehenden Debatten über die differierenden Nationsdefinitionen.

## I.

Königsberg war letzter Sitz des Hochmeisters des *Ordo militum Theutonicorum*, Hauptstadt des Herzogtums Preußen, Krönungsstadt der preußischen Könige, schließlich Provinzhauptstadt Ostpreußens. Die bäuerliche Ostsiedlung war im 13. Jahrhundert nicht über Pregel und Memel hinausgekommen, und so war die „Grenzraumsituation“, die im Zeitalter der Nationalismen zu einer Konstante in der Ostpreußendiskussion werden sollte, bereits seit dem Mittelalter gegeben. Bis zu den Teilungen Polens Ende des 18. Jahrhunderts war die polnisch-litauische Rzeczpospolita auf allen Seiten Nachbar des Ordenslandes bzw. Herzogtums Preußen, dann das Zarenreich und seit 1918 die neugebildeten Republiken Polen und Litauen. Vor allem die jahrhundertelange Nachbar- oder Gegnerschaft mit Polen prägte seit dem 19. Jahrhundert das „geopolitische“ Selbstbild Ostpreußens. Der Sieg von Tannenberg 1914 gewann gerade im alten Ordensland neben aller aktuellen Bedeutung die Dimension einer

---

<sup>8</sup> „Dietschland strekt zich uit van Duinkerke tot Koningsberg“ (programmatische Schrift von C.J. Hansen, 1860; „Dietschland“ im Gegensatz zu „Deutschland“ südlich der Linie Aachen – Kassel – Cottbus). Diese Bewegung, die um 1780 entstand und Mitte des 19. Jahrhunderts ihren Höhepunkt erfuhr, ging von der philologischen Feststellung aus, daß „de beide Nederlanden en plat-Duitschland (...) dezelde of byna dezelfde Tael spreken“ (D. de Haerne). Sie forderte zunächst eine einheitliche Schriftsprache, um später möglicherweise zur volklich-staatlichen Einheit zu gelangen. Vgl. Ludo Simons, *Van Duinkerke tot Königsberg. Geschiedenis van de Aldietsche Beweging*. Brugge 1980. Dieses Konzept war damals weniger unrealistisch als es heute scheint. Die Burschenschaftler auf der Wartburg hielten es 1818 für notwendig, ausdrücklich „die Lehre von der Scheidung Süd- und Norddeutschlands“ als „falsch und irrig“ zu verurteilen.

Revanche für 1410. Dies war eine Orientierung, die für die innerjüdische nationale Standortbestimmung von großer Bedeutung war.

Als Provinzhauptstadt war Königsberg nicht nur ein wichtiges Verwaltungszentrum, sondern auch ein bedeutender Militärstützpunkt mit einer großen Garnison. Die wichtigsten Wirtschaftsfaktoren waren die landwirtschaftlichen Erträge der Provinz und der Hafen als internationaler Umschlagplatz, besonders im Handel mit Rußland. Hinzu kamen viele kleine und einige größere Industriebetriebe, die im Zusammenhang mit der Verarbeitung von Landwirtschaftsprodukten standen (Holzbearbeitung, Zellulose, Brauereien, Getreidemühlen), sowie Metallverarbeitung (Waggonbau, Walzmühle u.a.). Das geistige Leben in Königsberg war geprägt von der schon 1544 gegründeten Albertus-Universität, die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein Zentrum des preußischen Liberalismus war. Das Ostpreußen der Kaiserzeit, ein Land der großen Güter mit wenigen städtischen Zentren, war dominiert vom Nationalliberalismus mit zunehmender nationaler Komponente – eine weltanschauliche Grundhaltung, die sich im wesentlichen in der Republik fortsetzte. Königsberg allerdings entsandte schon in der Kaiserzeit zumeist sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete.<sup>9</sup>

Um 1900 hatte Königsberg 190000 Einwohner, wovon ca. 4000 Juden waren.<sup>10</sup> Es erfolgten 1904, 1927, 1928 und 1929 Eingemeindungen der umliegenden Gebiete,<sup>11</sup> und mit der Größe Königsbergs nahm auch die Einwohnerzahl der Stadt zu. Die absolute Zahl der Juden in Königsberg erreichte allerdings 1880 ihren Höchststand.<sup>12</sup> Königsbergs jüdische Be-

<sup>9</sup> Die umfassendste Darstellung zur Geschichte Königsbergs ist weiterhin: Fritz Gause, Die Geschichte der Stadt Königsberg. 3 Bde., Köln (u.a.) 1968–1971, die bei aller Bedenklichkeit in Darstellung und Interpretation eine reichhaltige Informationssammlung bildet. Zur Königsberger Industrie in den 1920er Jahren vgl. ebenda, Bd. III, S. 93f.

<sup>10</sup> Yoram K. Jacoby, Jüdisches Leben in Königsberg/Pr. im 20. Jahrhundert. Würzburg 1983, S. 7.

<sup>11</sup> Gause, Geschichte (wie Anm. 9), Bd. III, S. 56.

<sup>12</sup>

Jahr	Mitglieder der jüd. Gemeinde	Bevölkerungsanteil	Jahr	Mitglieder der jüd. Gemeinde	Bevölkerungsanteil
1700	50	0,1 %	1864	3024	3,2 %
1735	120	0,3 %	1871	3863	3,4 %
1756	307	0,6 %	1880	5082	3,6 %
1802	891	1,6 %	1885	4155	2,7 %
1811	649	1,2 %	1900	3975	2,0 %
1817	1027	1,8 %	1905	4415	1,9 %
1825	1294	2,0 %	1910	4565	1,8 %
1852	2044	2,7 %	1925	4049	1,4 %
1861	2572	3,0 %			

Quelle: Auf- und Abstieg der Königsberger Gemeinde, in: Königsberger Jüdisches Gemeindeblatt (im folgenden KJG) (1927), Nr. 6, S. 79.

völkerung weist damit eine demographische Entwicklung auf, die anderen Städten des Deutschen Reichs vergleichbar ist. Neben den Juden bestand in der Stadt eine katholische Minderheit; die Mehrzahl der Einwohner war evangelischer Konfession. Die Übereinstimmung der Mehrheitsbevölkerung mit der Konfession von Krone, Staat und dem Großteil der Eliten war in Königsberg also solider als in den meisten anderen zum Deutschen Reich gehörenden großen Städten.<sup>13</sup> Darin unterschied sich die Lage der Königsberger Juden nicht nur von denen z.B. in Breslau, sondern auch von denen benachbarter Großstädte außerhalb des Reiches wie Riga, Wilna oder Kaunas.

## II.

Die Entwicklung der jüdischen Gemeinde setzte in Ostpreußen vergleichsweise spät ein. Wie überall im mittelalterlichen Ostseeraum gab es auch im preußischen Ordensland keine bedeutsame jüdische Präsenz. Das Edikt des Hochmeister Seyfridt von Feuchtwangen, mit dem 1309 den Juden der Aufenthalt im Ordensland untersagt wurde,<sup>14</sup> hat keine bezugte jüdische Besiedlung beendet und dürfte sich auf vereinzelte jüdische Kaufleute bezogen haben.

Um 1540, kurz nach Reformation und Säkularisierung des Ordens, sind zwei Ärzte die ersten urkundlich erwähnten Juden in Königsberg. 1656 erhielten jüdische Händler aus Polen-Litauen das Privileg, in der Stadt handeln zu dürfen, das jedoch schnell wieder aufgehoben wurde. Seit 1658 durften Juden an der Königsberger Universität in Medizin graduieren. Erst 1680 wurde der Bau einer Betstube genehmigt. Dieses Datum wurde später von den Liberalen in der jüdischen Gemeinde Königsberg als Gründungsdatum der Gemeinde in Königsberg angesehen, während diese Festlegung bei den Zionisten heftigen Widerspruch hervorrief.<sup>15</sup> Noch 1701 wurden offiziell nur wenige Familien, aber mehr als eine Betstube genannt. 1704 wurde der erste Begräbnisplatz erworben.

<sup>13</sup> Von den zehn größten Städten waren die einzigen Städte mit evangelischer Bevölkerungsmehrheit, die zum preußischen Staat gehörten, die Hauptstadt Berlin und Frankfurt a.M., dessen Verhältnis zum Hohenzollernstaat recht prekär war.

<sup>14</sup> *Encyclopaedia Judaica*. Das Judentum in Geschichte und Gegenwart, hrsg. v. Jakob Klatzkin. Bd. 3, Berlin 1929, S. 246.

<sup>15</sup> So kam es 1930 auch beinahe nicht zu den geplanten 250-Jahrfeiern der Gemeinde. Nachdem diese „nach jahrelangen Mühen“ aus Berlin ein Verzeichnis der Gemeindegliedern bekommen hatte, stand das Datum der Erbauung der Betstube fest. Jedoch hegte der damalige Gemeindevorsteher Rudolf Cohn Zweifel, ob dieses Datum als Gründungsdatum der Gemeinde gelten könne. Vgl. KJG (1930), Nr. 4, S. 66.

Seit 1707 gab es einen Rabbiner, Salomon Fürst, der bis 1722 in der Stadt war. Aber selbst dann verfügten die Juden noch über keinen Schutzbrief; die Obrigkeit bezeichnete „die Duldung von Juden in Ostpreußen als einen staatsrechtlichen Widerspruch zur Landesverfassung“.<sup>16</sup> Seit 1722 hatte die jüdische Gemeinde eine Ordnung.<sup>17</sup> Erst 1755 wurde eine Synagoge in der Vorstadt, in der Schnürlinggasse, gebaut.<sup>18</sup> Grund war das sprunghafte Anwachsen der Gemeinde auf 300 Mitglieder, die größtenteils Flüchtlinge aus Danzig waren. Die kleinen Betstuben wurden zu eng.<sup>19</sup>

1786 wurden einem Juden zum ersten Male sämtliche Rechte eines christlichen Kaufmannes gewährt. 1787 erfolgte die erste Promotion eines Juden an der Albertina. Um diese Zeit stellte die Aufklärung den althergebrachten Ausschluß der Juden aus der christlichen Menschheit in Frage und forderte ihre „Emanzipation“, die volle staatsbürgerliche Gleichstellung sowie ihre Integration in die kulturelle Gesellschaft. „Im Kampfe um die Emanzipation stand Königsberg in erster Reihe.“<sup>20</sup> Immanuel Kants aufklärerischen Einfluß auf die jüdische Oberschicht formulierte u.a. 1784–1788 die hebräischsprachige Zeitschrift „Me’asef“ („Sammeler“).<sup>21</sup> Die Ideen der Aufklärung, innerjüdisch mit dem hebräischen Wort „Haskala“<sup>22</sup> bezeichnet, waren unter den Juden durchaus nicht unumstritten und führten zur Aufspaltung in jene Orientierungen, die als „Liberale“ (der sogenannten Assimilierung an die säkulare bürgerliche Kultur und Reform auch religiöser Praktiken) bzw. „Konservative“ oder „Orthodoxe“ (die in verschiedener Ausprägung auf der Bewahrung jüdischer Eigenheiten bestanden) noch in der Weimarer Republik die innerjüdische Debatte prägten.

Die Bestrebungen nach rechtlicher Gleichstellung, wie sie unter dem Einfluß der Französischen Revolution und der napoleonischen Legislation teilweise bereits erworben worden und nach 1815 wieder verloren gegangen waren, hatten erst in den Reformen Mitte des Jahrhunderts Erfolg. Am 23. Juli 1847 wurde im Staat Preußen das sogenannte Judenge-

<sup>16</sup> Der liberale Rabbiner Lewin verwies in seinem Artikel über die Geschichte der Gemeinde mit diesem Zitat auf „ein Aktenstück“ von 1714. Rabbiner Lewin, 250 Jahre, in: KJG (1930), Nr. 9, S. 145 f., hier S. 145.

<sup>17</sup> Encyclopaedia Judaica (wie Anm. 14), Bd. 3, S. 246.

<sup>18</sup> Der Wiederaufbau des 1811 abgebrannten Baus erfolgte 1815, und das Gebäude wurde später die „Alte Synagoge“ genannt.

<sup>19</sup> Neues Lexikon des Judentums, hrsg. v. Julius Schoeps. Gütersloh/München 1992, S. 267.

<sup>20</sup> Encyclopaedia Judaica (wie Anm. 14), Bd. 3, S. 246. Das Königsberg der Aufklärung bot der liberaljüdischen Publizistik genügend Material zum Rückgriff.

<sup>21</sup> Lexikon des Judentums, hrsg. v. John F. Oppenheimer. Gütersloh 1967, S. 340.

<sup>22</sup> Von hebr. „sechel“, „Verstand, Vernunft“, und „hiskil“, „Verstand erwerben, verstehen lassen“.

setz erlassen, das den jüdischen Gemeinden eine gewisse Autonomie zugestand. Mit dem starken zahlenmäßigen Anwachsen der Gemeinde in der Folgezeit wurde die Alte Synagoge zu klein, und 1896 wurde die Neue Synagoge in der Lindenstraße errichtet, jenseits des Pregelarmes, dem Dom genau gegenüber und mit ihrer neobyzantinischen Kuppel eine monumentale Vergegenständlichung der Judenemanzipation. Die Mehrheit in der jüdischen Gemeinde bildeten um die Jahrhundertwende die liberalen Juden, die in der „Assimilierung“, der Anpassung an die Kultur der Umgebung, in der sie lebten, ihre Priorität sahen; Judentum sollte als bloße Konfession angesehen werden. Ende des 19. Jahrhunderts organisierten sie sich im „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ (C.V.).

1880 hatte Ostpreußen eine Gesamtbevölkerung von 1460312, davon waren 10800 Juden, von denen wiederum 4000 in Königsberg lebten.<sup>23</sup> Dies war die höchste jüdische Bevölkerungszahl, die Ostpreußen je besaß. Allein die Zahl der ostjüdischen Haushaltungen hatte sich in anderthalb Jahrzehnten verdoppelt;<sup>24</sup> seit 1855 verfügten sie über eine eigene, charakteristischerweise „polnisch“ genannte Synagoge. Die russischen oder polnischen Juden im Königsberg dieser Jahre waren oft Kaufleute oder Kommissionäre, die dort zeitweilig lebten und in dem umfangreichen Handel zwischen Rußland und dem Deutschen Reich vermittelten.<sup>25</sup> Hinzu kamen noch Reisende, darunter insbesondere Kranke aus dem benachbarten Litauen, die in den Krankenhäusern der Stadt Heilung suchten. „So kam es, daß Königsberg in den Sommermonaten den Anschein einer jüdischen Stadt gewann.“<sup>26</sup> Die eingewanderten Ostjuden blieben ihren Traditionen und auch der jiddischen Sprache treu, viele heirateten aber in Königsberger Familien ein und übernahmen deutsche Kultur, Sprache und Sitten. Neben den sich nun als Königsberger zählenden, assimilierten „ehemaligen Ostjuden“ blieben die reisenden jüdischen

<sup>23</sup> So laut KJG (1930), Nr. 6, S. 100. Dagegen gibt die *Encyclopaedia Judaica* (wie Anm. 14), Bd. 3, S. 246f., eine Zahl von 5085 Juden für Königsberg um 1880 an. Demnach wohnten in Königsberg 1880 5082, 1910 4565 und 1928 3800 Juden. Vgl. auch Anm. 13.

<sup>24</sup> Es gab 1865–1870 ca. 200–250, 1870–1880 ca. 500 ostjüdische Haushaltungen; vgl. *Encyclopaedia Judaica* (wie Anm. 14), Bd. 3, S. 247.

<sup>25</sup> Siegmund Wolf, Die Bedeutung der Juden für den Königsberger Handel, in: KJG (1925), Nr. 6, S. 87: „Die wirtschaftliche Blüte Königsbergs basierte auf dem Handel mit Getreide, Holz, Heringen, Flachs und Hanf und zwar auf der Einfuhr von Rußland bzw. auf dem Export von hier nach Rußland, und stets waren es die jüdischen Kommissionäre, die einmal diesen Handel ermöglichten und durch die allmähliche Verbundenheit mit Königsberg dafür sorgten, daß andere Städte, namentlich Hafencities Rußlands, trotz großer Anstrengungen nicht im Wettbewerb mit Königsberg treten konnten.“

<sup>26</sup> Jacoby, *Leben* (wie Anm. 10), S. 9, nach Shmaryah Lewin (vgl. folgende Anm.).



Kaufleute aus Osteuropa ein ständiges Element jüdischer Präsenz in der Provinz. Interessanterweise hatten die ostjüdischen Händler mit den Behörden weniger Probleme als mit den deutschen Juden in Königsberg, die sich von den Ostjuden distanzierten. Ebenso erging es russischen Juden, die an der Universität studierten. Sie hatten an der Universität keine Schwierigkeiten, jedoch beklagten sie sich über das reservierte, kühle Verhalten der deutsch-jüdischen Studenten.<sup>27</sup> Viele assimilierte Juden hatten Befürchtungen, daß das ‚ostjüdische‘ Auftreten ihrer Glaubensgenossen Provokationen und antisemitische Reaktionen hervorrufen könnte, während sie selber doch dabei waren, ein ‚deutsches‘ Bild von sich zu prägen, und wünschten, vor sich und anderen Deutsche jüdischer Konfession zu sein. Nach 1918 und in der Weimarer Republik sollte dieser Diskurs in der jüdischen Gemeinde in Ostpreußen einen deutlich anderen Akzent erhalten als im Reich, bedingt durch die nach dem Ersten Weltkrieg neu entstandene geopolitische Lage.

Den Kriegsausbruch 1914 erlebten die Königsberger Juden wie andere in Deutschland auch: Die Begeisterung war grenzenlos (oder wurde zumindest so dargestellt), und viele meldeten sich als Freiwillige zur kaiserlichen Armee. Für die meisten Juden war dies die Gelegenheit, als Deutsche ihre ‚vaterländische Pflicht‘ zu tun und damit ihre Option in eindrücklicher Weise zu demonstrieren. Für Ostpreußen bedeutete der Erste Weltkrieg, der mit dem Schock der russischen Invasion und der Schlacht von Tannenberg begann, jedoch eine tiefe Veränderung. Nach dem Ende des Krieges war die Situation der Provinz durch den polnischen Korridor und die politische und wirtschaftliche Abtrennung der großen Nachbarstädte Danzig und Memel eine andere. Der Bevölkerung wurde die neue Besonderheit der Lage Ostpreußens auf vielerlei Weise bewußt. Verplombte Eisenbahnwaggons mit verhängten Fensterscheiben machten jedem, der eine Reise „ins Reich“ unternahm, eindringlich deutlich, daß man sich nun in einer zumindest in strategischer Hinsicht prekären Lage befand. Die verbreitete Vorstellung vom deutschen Staat als einem (Volks-)Körper, etwas Natürlich-Organischem, zeigte sich in dieser Situation in den Metaphern vom „abgetrennten“ Ostpreußen, wie sie in der Publizistik jener Jahre<sup>28</sup> häufig sind. (Eine Alternative war es, Ost-

---

<sup>27</sup> So schildert es der aus Rußland stammende Shmaryah Lewin, der 1892/93 in Königsberg studierte und sich dort niederließ, in seinem Artikel „Die Königsberger Judenheit vor vierzig Jahren“, in: KJG (1933), Nr. 10, S. 115, dem Abdruck eines Auszugs aus seiner Autobiographie „Jugend in Aufruhr“. Berlin 1933.

<sup>28</sup> Und auch noch bei deutsch-national eingestellten Historikern der Nachkriegszeit; vgl. z.B. Gause, Geschichte (wie Anm. 9), Bd. II, S. 36 u.a.

preußen als neue „Kolonie“ Deutschlands zu bezeichnen.<sup>29</sup>) Revolution und Bürgerkrieg in Rußland versetzten dem Königsberger Osthandel einen schweren Rückschlag, der mit Hilfe langjähriger staatlicher Förderprogramme (u.a. der Gründung der „Ostmesse“ 1920) halbwegs aufgefangen wurde. Mit der Stabilisierung der Sowjetunion sowie der Errichtung der neuen Republiken – Ostpreußen und die Sowjetunion hatten keine gemeinsame Grenze – ging eine generelle Umorientierung der Wirtschaftsströme einher. Der Verkehr mit den jüdischen russischen Händlern ging daher drastisch zurück; auch die Badegäste aus dem Osten kamen nicht mehr nach Königsberg und an die Samlandküste wie vor 1914. Statt dessen kamen viele jüdische Flüchtlinge aus Polen, die sich während des polnisch-russischen Krieges ins seit 1918 nicht mehr kriegführende Deutsche Reich retteten. Die Königsberger Juden versuchten, mit der Einrichtung des „Jüdischen Arbeitsamtes“ den mittellosen Flüchtlingen zu helfen und sie besonders für die übrige Bevölkerung Königsberg so unsichtbar wie möglich zu halten. Dieses Verhalten war eine Reaktion auf den im Laufe des Weltkrieges zunehmenden Antisemitismus im Deutschen Reich, den zu äußern nach 1918 zunehmend Teil der Rhetorik und Praxis der rechtsnationalen Parteien und Organisationen wurde. Nach der „Dolchstoßlegende“ sahen sich (nicht nur) viele Königsberger Juden bemüht, noch weniger als Juden aufzufallen. Dieses Verhalten der jüdischen Gemeinde lag auch im Sinne der Königsberger Behörden, die den Erlaß herausgaben, daß die Flüchtlinge die von der Militärbehörde aufgestellten Baracken nicht verlassen dürften. Die Flüchtlinge wurden so schnell wie möglich in Arbeitsverhältnisse in das Reich vermittelt. Die Königsberger liberalen „Deutschen jüdischen Glaubens“ halfen aktiv mit, diese von ihnen selber als ostjüdische „Hochflut“ bezeichnete Wanderung an Königsberg vorbeizuleiten.<sup>30</sup>

Die ersten Jahre der Republik erlebten die Königsberger Juden als finanziell schwierig. Im täglichen Leben, in der Gemeinde oder im Verhältnis zur übrigen Königsberger Bevölkerung begann ein Prozeß der Veränderungen, der sich, verstärkt durch die Inflation und die ihr folgenden

<sup>29</sup> Der von der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“ herausgegebene „Fremdenführer durch Königsberg in Preußen“ (1927; Nachdr. Leer 1991) führt die Stadt mit folgenden Worten ein: „Königsberg ist heute die Hauptstadt einer Kolonie, der einzigen, die Deutschland besitzt.“ (S. 28)

<sup>30</sup> Initiatoren waren der Kaufmann Otto Cohn und der Student Jakob Kantorowitz. In M. Hoffmanns Bericht „Jüdische Wanderarmen- und Arbeiterfürsorgestelle“, in: KJG (1930), Nr. 2, S. 29, wurde das Ereignis von vor zehn Jahren beschrieben: „Es ist ein Verdienst der hier genannten Personen, daß die Hochflut der Wanderungen von der jüdischen und allgemeinen Öffentlichkeit fast unbemerkt geblieben ist.“

Wirtschaftskrisen<sup>31</sup> sowie die politischen Unsicherheiten, den Königsberger Juden der 20er Jahre als Niedergang darstellte. Sie erfuhren von zurückgehenden Mitgliederzahlen, niedrigen Geburten- und Nachwuchsraten, schwindender Beitrags- und Spendenbereitschaft, von antijüdischen Vorfällen, die in der Demokratie viel artikulierter zutage traten als früher, von der Notwendigkeit der „Berufsumschichtung“ mit allen darin angelegten Unsicherheiten und hörten stete Appelle an die jüdische Geschlossenheit und Solidarität. Der nostalgische Hintergrund der Kaiserzeit wird in zahlreichen Beiträgen dieser Zeitung mehr oder minder explizit beschworen. Die Republik war für Königsbergs Juden nicht erst mit dem Aufkommen der NSDAP eine Zeit des Pessimismus.

### III.

Die liberale Gemeinde Königsbergs hatte schon im 19. Jahrhundert einen sehr guten Ruf. Ihre bekanntesten Protagonisten waren der liberale Rabbiner Vogelstein<sup>32</sup> und der Kantor Eduard Birnbaum. Seit dem 1. Mai 1879 war Birnbaum erster Kantor an der Neuen Synagoge zu Königsberg und erhielt 1898 den Titel des Oberkantors. Birnbaum, der 1920 verstarb, bearbeitete und komponierte nicht nur Musik für den liberal-jüdischen Gottesdienst, sondern sang und dirigierte auch im lutherischen Dom. Am Beispiel Birnbaums, der einen hohen Bekanntheitsgrad hatte und dessen Leben als angesehenes Mitglied der jüdischen Gemeinde gut dokumentiert ist, läßt sich zeigen, wie sich die Situation eines Juden innerhalb der Gemeinde darstellen konnte. Der Sohn Eduard Birnbaums beschrieb die Situation seines Vaters folgendermaßen:

„In den religiösen Auseinandersetzungen innerhalb des jüdischen Gemeindelebens fühlte er sich nicht glücklich. Er konnte sich weder zu den Rechtgläubigen halten, denen er Erstarrung in Formen einer Niedergangszeit vorwarf, noch zu den liberalen Reformern, die ihm zuviel künstlerisch wertvolles Traditionsgut

---

<sup>31</sup> Mitte der 20er Jahre war fast jeder zweite jüdische Erwerbstätige im Waren- und Produkthandel tätig, von der Gesamtbevölkerung nur jeder dreizehnte. Vgl. Statistik in: Abraham Barkai, Die Juden als sozio-ökonomische Minderheitsgruppe in der Weimarer Republik, in: Juden in der Weimarer Republik, hrsg. v. Walter Grab u. Julius H. Schoeps. Stuttgart/Bonn 1986, S. 330-343, hier S. 333.

<sup>32</sup> Hermann Vogelstein (1870–1942) war von 1897 bis 1920 Rabbiner in Königsberg und anschließend in Breslau. 1938 emigrierte er in die USA. Quellen verschiedenster Herkunft heben seinen Ruf als Rabbiner hervor. In den Jahren 1911–1913 wurde er auch öffentlich sehr aktiv, als er in von „Tausenden von Nichtjuden“ besuchten Veranstaltungen antisemitischer Ritualmordpropaganda zu begegnen versuchte; vgl. Emanuel Schereschewsky, Erinnerungen an Königsberg i.Pr., in: 'Udim 3 (5733/1972), S. 117-125, hier S. 119.

über Bord warfen und es seiner Meinung nach nur durch Nachbildung eines kahlen rationalistischen Protestantismus ersetzen wollten. Noch weniger wußte er mit der damals rasch anwachsenden Bewegung des Zionismus anzufangen, die ihm zu wenig religiösen Gehalt hatte und mit ihrer Parole der Rückkehr zu einer eigenen jüdischen Nation nur vom ‚Antisemitismus der anderen‘ zu leben schien.“<sup>33</sup>

Seinen Eindruck vom Kantor schildert der aus Rußland stammende Philosophiestudent Shmaryah Lewin, der Rabbiner Bamberger und Kantor Birnbaum als den einzigen „deutschen“ Juden im Verein der „Maskilim“, der „modernen Hebraisten“, begegnete, „wobei letzterer naturalisierter Deutscher war. (...) Es waren Juden darin, die teutonisiert zu werden wünschten, jedoch mit Teutonen nicht in Berührung kamen. Sie verkehrten nur mit germanisierten Juden und nahmen sich diese zum Muster“.<sup>34</sup>

Nicht alle Juden blieben in diesem Zwiespalt bei der Gemeinde, sondern kehrten dem Judentum den Rücken zu – darunter auch einer von Kantor Birnbaums beiden Söhnen. „Die Reform führte oft aus dem Judentum heraus.“<sup>35</sup> Zudem spielten oft Karrieregründe eine Rolle, denn einige staatliche Positionen waren Juden noch immer verwehrt.

Zu den als Verschlechterung empfundenen Veränderungen des beginnenden 20. Jahrhunderts, zu der Bedrohung des sozioökonomischen Status durch wirtschaftliche Krisenhaftigkeit und dem deutlicher werdenden Antisemitismus kam die Herausforderung der „deutsch-jüdischen“ Identität durch eine andere Option, die zumal in der jüngeren Generation an Attraktivität gewann: der Zionismus. Ende des 19. Jahrhunderts entwickelten westeuropäische jüdische Intellektuelle den Zweifel, ob das jüdenfeindliche Verhalten in den jeweiligen Ländern durch die Assimilierung der Juden zu beenden sei oder nicht vielmehr die Assimilation grundsätzlich unmöglich mache, zu einer kohärenten jüdisch-nationalen Ideologie.

<sup>33</sup> Zit. nach Immanuel Birnbaum, Achtzig Jahre dabeigewesen. Erinnerungen eines Journalisten. München 1974, S. 13. Eduard Birnbaum wurde am 22. März 1855 in Krakau geboren und starb am 8. August 1920 in Cranz an der Samlandküste; vgl. L. Badrian, Eduard Birnbaum. Zu seinem 10. Todestage, in: KJG (1930), Nr. 8, S. 133f. Seines zehnten Todestages gedachte die Gemeinde nicht nur mit dem Jahrestagsgebet auf dem Friedhof und einem Gedenkgottesdienst, sondern auch mit einer Veranstaltung in der Aula der Hindenburgschule, bei der Birnbaums Kompositionen aufgeführt wurden; vgl. [Anonymus,] Aus der Gemeinde: Zum Gedächtnis Eduard Birnbaums, in: KJG (1930), Nr. 8, S. 136.

<sup>34</sup> Lewin, Judenheit (wie Anm. 27), S. 115.

<sup>35</sup> Jacoby, Leben (wie Anm. 10), S. 11. Mit „Reform“ sind hier die liberalen Reformen seit der Aufklärung gemeint, zu denen u.a. die Praxis der Gottesdienstmusik gehört, wie sie Kantor Birnbaum vertrat.

Ziel war es, ein jüdisches Nationalbewußtsein zu schaffen und sich somit aus dem Dilemma der „Judenfrage“ zu lösen. Der Zionismus entwickelte sich zwar unter Rückgriff auf die Begrifflichkeit der allgemeinen Nationsdebatte,<sup>36</sup> unterschied sich aber von allen anderen Nationalismen dadurch, daß er – aufgrund der einzigartigen Lage der Juden, die er als „Volk“ auffaßte – keine territoriale Komponente hatte. Ob und wo ein jüdischer Nationalstaat entstehen könnte, war anfangs ganz offen, Palästina nur eine unter mehreren diskutierten Möglichkeiten.<sup>37</sup> (Zugleich setzte, zunächst unabhängig vom westeuropäischen Zionismus, vorwiegend aus den Ländern des Zarenreiches eine erste Immigrationswelle nach Palästina ein.) 1896 gab der Wiener Theodor Herzl in seiner Schrift „Der Judenstaat“ den einflußreichsten Anstoß zur Formierung einer autonomen jüdischen Nation. Im Jahr darauf fand in Basel der erste weltweite Zionistenkongreß mit 200 Teilnehmern statt. Es war der Beginn einer Bewegung, deren Ziel es war, mit persönlichem Einsatz und Wissen Palästina als Siedlungsgebiet für Juden nutzbar zu machen, um dem europäischen Antisemitismus zu entgehen und eine eigene „nationale Heimstätte“ zu bilden. Gerade die Schaffung einer jüdischen Agrarkultur war den westeuropäischen Juden, die sich als seit Jahrhunderten verstädtert und – im Sinne der um diese Zeit weitverbreiteten lebensreformerischen Ideen – „verweichlicht“ betrachteten, ein hochideologisiertes Anliegen. 1901 wurden dafür die Organisationen des Jüdischen Nationalfonds gegründet, deren Ziel es war, die weltweiten Spenden zugunsten der Palästina-Siedlung zentral zu verwalten und Land in Palästina aufzukaufen. Resonanz war vorhanden, und der Zionismus entwickelte sich zu einem akzeptierten Modell in den Gemeinden. Gerade im Vergleich zu den osteuropäischen Ländern war die Zeit nach Herzls Tod 1904 und bis zum Ersten Weltkrieg allerdings keine sehr erfolgreiche Zeit für die Zionisten im Deutschen Reich.<sup>38</sup> Mit Erreichung der Balfour-Declaration im November 1917, in der die britische Regierung halboffiziell „eine jüdische Heimstatt in Palästina“ garantierte und damit Herzls Formulierung vom 1. Basler Kongreß aufnahm, erstarkte das Interesse am Zionismus.

Besonders der jüdischen Jugend bot das jüdisch-nationale Programm eine Lösung ihres identifikatorischen Notstandes. Nicht erst nach 1918

---

<sup>36</sup> Ein deutsches Beispiel: Die Thesen der „National-jüdischen Vereinigung“ in Köln (1897) begannen mit dem Satz „Durch gemeinsame Abstammung und Geschichte verbunden, bilden die Juden aller Länder eine nationale Gemeinschaft“; zit. nach Stephen M. Poppel, *Zionism in Germany, 1897–1933*. Philadelphia 1977, App. A.

<sup>37</sup> Allerdings wurde Palästina als „Heimstätte“ bereits ausdrücklich im Programm des 1. Zionisten-Kongresses in Basel 1897 genannt.

<sup>38</sup> Louis L. Snyder, *Encyclopedia of Nationalism*. Chicago/London 1990, S. 431 f.

erfahren junge Juden die Umgebung eines aggressiver werdenden populären Nationalismus, der – zumal im wilhelminischen Nationalstaat – seit den 1880er Jahren dazu neigte, jenseits der staatsrechtlichen Gleichstellung aller Bürger die Zugehörigkeit der Juden zum (deutschen) *Volk* in Frage zu stellen. Diese Herausforderung des Bürgerbegriffs, wie er sich vor 1871 entwickelt hatte, war mit der Gründung und den Wahlerfolgen antisemitischer Parteien<sup>39</sup> auf Reichstasebene legitimiert und fand, vermittelt durch den einflußreichen protestantischen Hofprediger und Mitbegründer der antisemitischen „Christlich-Sozialen Partei“, Adolf Stoecker, auch in den Führungsgruppen des monarchischen Staates Verbreitung. Diejenigen, die in der bürgerlichen Gleichstellung die Grundlage ihrer Identität als „Deutsche jüdischer Konfession“ fanden, sahen sich dieser Herausforderung gegenüber hilflos. Zahlreiche Selbstzeugnisse<sup>40</sup> geben darüber Auskunft, wie manche – zumal in jungen Jahren – das identitäre Dilemma lösten, indem sie sich dem zionistischen Gedanken einer jüdischen Nation anschlossen und somit gewissermaßen die Segregationsforderung des populären deutschen Nationalismus aufnahmen, ohne die darin implizierte Minderachtung der Juden anerkennen zu müssen. Norbert Elias ist nur einer unter vielen dieser Generation, die in jungen Jahren diese Option wählten.<sup>41</sup> „Wir sind ein Volk – der Feind macht uns dazu“, hatte Herzl es formuliert.<sup>42</sup> Die Unmöglichkeit der „Assimilierung“ an das „Wirtsvolk“ – wie sie in antisemitischen Einstellungen und Akten zunehmend wahrgenommen wurde – konnte so positiv uminterpretiert und zur Grundlage einer stimmigen Identitätsbildung werden.

Für die Mehrheit, die assimilierten Juden im Deutschen Reich, die sich selber als „deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens“ bezeichneten, war der Zionismus ein eher störender Faktor. Zahlenmäßig war der Zionis-

<sup>39</sup> Seit den 1890er Jahren erreichten sie in den Reichstagswahlen über eine Viertelmillion Wählerstimmen und entsandten bis zu 16 Abgeordnete; vgl. Manfred Görtemaker, *Deutschland im 19. Jahrhundert*. 3. Aufl., Leverkusen 1988, S. 266.

<sup>40</sup> So beschreibt der jüdische Student Max Bodenheimer seine Konversion zum Zionismus in geradezu religiöser Sprache: „The Zionist idea was a result of a sudden inspiration. It was like a light that suddenly broke forth within me. (...) I felt like a slave for whom the road to liberty suddenly opens, like a prisoner who by a miracle finds the tool to break his chains. (...) Whereas shortly before I had wrestled with the decision to abandon Judaism and seek refuge from Jew-hatred in new surrounding where my origin was unknown, I was now filled with a holy zeal to serve the cause of my people.“ Zit. nach: Poppel, *Zionism* (wie Anm. 36), S. 91.

<sup>41</sup> 1920 schrieb der 22jährige Elias, damals führendes Mitglied des zionistischen Jugendbundes „Blau-Weiß“, an seinen Freund Martin Bandmann: „Aus uns Juden, (...) dieser wirbellosen skeptisch-cynischen, relativistischen und im Grunde schon halb verzweifelten Menge (...) aus diesen Juden ein Kulturvolk zu schmieden, das ist das Ziel.“ Vgl. Jörg Hackeschmidt, *Von Kurt Blumenfeld zu Norbert Elias. Die Erfindung einer jüdischen Nation*. Hamburg 1997, S. 329.

<sup>42</sup> Zit. nach Peter Ortag, *Jüdische Kultur und Geschichte*. Potsdam 1995, S. 104.

mus im Deutschen Reich – ganz anders als im Zarenreich und seinen Nachfolgestaaten, aber auch in Westeuropa – marginal.<sup>43</sup> Dennoch fand er viele eloquente Anhänger, besonders in Berlin, wo eine große Zahl der Unterstützer aus den Reihen der nach dem Ersten Weltkrieg (staatenlosen) zugewanderten Ostjuden kam. Die Debatte wurde aber in allen Gemeinden geführt. Die Zionisten sahen „von ihrer ‚objektiven‘ Nationalitätenkonzeption ausgehend“ die Debatte kritisch:

„Alle taten so, als ob die Stellungnahme jedes einzelnen Juden konstitutiv wirkte. Die Tatsache, daß die Welt, unabhängig von der subjektiven Entscheidung der einzelnen Juden: Assimilation oder Zionismus, Taufe oder Judentum, schon längst über die Gretchenfrage ‚Was denkst du?‘ hinausgekommen war, wollte niemand zur Kenntnis nehmen.“<sup>44</sup>

#### IV.

In der Form, wie diese ‚Gretchenfrage‘ von den Königsberger Juden behandelt wurde, spiegelt sich eine Vielzahl von Nuancen wider, deren Antrieb die Vermeidung oder Öffnung der Frage war: Assimilation oder Segregation. Die Frage stellte sich mit der Entstehung des Zionismus anders als im 19. Jahrhundert und veränderte das Bewußtsein der Juden. Je nach Sensibilisierung, Wertmaßstäben und auch soziologischem Hintergrund entstand besonders in den 20er Jahren dieses Jahrhunderts eine gemeindegeschichtliche Entwicklung, die den einen als Niedergang, den anderen als Erneuerung erschien. Tribüne der publizistischen Debatten war das „Königsberger Jüdische Gemeindeblatt“, 1924 als Organ der Königsberger Gemeinde gegründet und ab 1929 auch Nachrichtenblatt des Verbandes der Synagogengemeinden Ostpreußens.<sup>45</sup> Die Zeitung, die monatlich

<sup>43</sup> Bei einer jüdischen Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches, die bei etwa einer halben Million lag, stieg die Mitgliederzahl der „Zionistischen Vereinigung für Deutschland“ zwischen 1900 und Kriegsbeginn von rund 2000 auf rund 9000 an. In der Weimarer Republik schwankte sie zwischen 20000 und 30000, mit Tendenz nach unten gegen Ende der 20er Jahre. Das entsprach regelmäßig ungefähr 5% der weltweiten Mitgliederzahl. Ab 1933 verdoppelte sich die deutsche Mitgliederzahl beinahe im Jahresrhythmus; Zahlen nach Poppel, Zionismus (wie Anm. 36), Tab. 3.

<sup>44</sup> Kurt Blumenfeld, *Erlebte Judenfrage. Ein Vierteljahrhundert deutscher Zionismus*. Stuttgart 1962, S. 103. Blumenfeld, einer der einflußreichsten deutschen Zionisten der Weimarer Zeit (1884–1963), kam im Sommersemester 1906 zum Studium an die Albertina nach Königsberg und hatte sich schon zu dieser Zeit den zionistischen Organisationen angeschlossen. Vgl. Jacoby, *Leben* (wie Anm. 10), S. 41 f.

<sup>45</sup> Er verband die Königsberger mit den kleinstädtischen Gemeinden (Tilsit, Insterburg, Neidenburg, Allenstein, Pr. Eylau, Marienwerder u.a.), welche zahlenmäßig und in der Öffentlichkeitswahrnehmung weit weniger bedeutend waren als die Gemeinde in der Provinzhauptstadt.

mit einem Umfang von rund 25 Seiten erschien, wurde allen Gemeindegliedern kostenlos zugestellt.<sup>46</sup> Gedruckt von der Hartung'schen Verlagsdruckerei, finanzierte sie sich durch Annoncen sowie durch Zuschüsse der Gemeinden. Im Vergleich zu anderen jüdischen Gemeindezeitungen der Republik war das Königsberger Blatt bemerkenswert ausführlich. Dem Schriftleiter, dem liberalen Rabbiner Reinhold Lewin, war daran gelegen, „Niveau zu halten“.<sup>47</sup> Das geschah in Form ausführlicher Berichte von Veranstaltungen, Vorträgen, Sitzungen usw. sowie gelegentlicher Essays, für die auch nicht-ostpreußische Autoren gewonnen wurden.<sup>48</sup> Obgleich die erbitterten Diskussionen, die der Gründung des „Gemeindeblattes“ vorangingen, nicht mehr im einzelnen rekonstruierbar sind, entstand die Zeitung vermutlich unter dem Druck der liberalen Drohung, eine eigene publizistische Plattform zu gründen.<sup>49</sup> Unter einem paritätisch zusammengesetzten Beirat sowie dem liberalen Rabbiner als Redakteur<sup>50</sup> mag auch im „Gemeindeblatt“, wie es ab 1924 entstand, bei aller proklamierten Überparteilichkeit eine gewisse redaktionelle Tendenz nicht ausgeschlossen sein. Allerdings gibt es keine Anhaltspunkte für eine publizistische Benachteiligung nichtliberaler Gruppen. Soweit ersichtlich, wurde das „Gemeindeblatt“ seinem Anspruch gerecht, „nicht als fremd [zu erachten], was jüdisch sei“.<sup>51</sup>

In der jüdischen Gemeinde in Königsberg fanden die Diskussionen um jüdische Nationalität und Konfession auf zwei Ebenen (der religiösen und politischen Orientierungen der verschiedenen Gruppierungen) zwischen drei Interessenrichtungen statt. Zum einen gab es die Liberalen, im „Gemeindeblatt“ hauptsächlich durch den C.V. mit ihrem Vorsitzenden

<sup>46</sup> Im Gefolge der großen Wirtschaftskrise 1931 wurde die Gratiszustellung an die außerhalb Königsbergs wohnenden Empfänger eingestellt (Jahresbeitrag: RM 1,50), was zu einem drastischen Rückgang der Bezieher führte.

<sup>47</sup> Lewin, Vier Jahre Königsberger Jüdisches Gemeindeblatt, in: KJG (1928), Nr. 9, S. 118.

<sup>48</sup> Hingegen „vermied es“ Lewin, „zur Feier fünfzigster Geburtstage, zu Jubiläen in Kegelklubs oder Kriegervereinen dithyrambisch Stellung zu nehmen“ (ebenda). Die beinahe jeder Ausgabe vorangestellten Gedichte von Gertrud Marx stellen offenbar eine Reverenz an den einflußreichen konservativen Bankier und Spender Hermann Marx, ihren Sohn, dar.

<sup>49</sup> Vgl. hierzu Sabine Thiem, Notorious Herr Sabatzky from Königsberg, in: Leo Baeck Institute Year Book 44 (1999), S. 191-204.

<sup>50</sup> Als ehemaliger Feldrabbiner und derzeitiger Funktionär im „Reichsbund jüdischer Frontsoldaten“, der gegenüber der völkischen Propaganda stets das „Deutschtum“ der jüdischen Frontkämpfer vertrat, stand er gewissermaßen von Haus aus im Gegensatz zur zionistischen Ideologie.

<sup>51</sup> KJG (1928), Nr. 9, S. 118. Eine Ausnahme bildete der den Deutschnationalen nahestehende „Verband nationaldeutscher Juden“, dessen Königsberger Ortsgruppe sich 1924 bereits aufgelöst hatte und im folgenden hier – anders als in den anderen Gemeinden, vor allem in Berlin – keine Rolle spielte.



Prof. Dr. Hugo Falkenheim und dem Syndikus der Ortsgruppe Königsberg, Kurt Sabatzky, vertreten. Der größte Verein war, wie gesagt, der „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ mit Hauptsitz Berlin. In Ostpreußen bestand der Landesverband Ostpreußen und darin die Ortsgruppe Königsberg.<sup>52</sup> Im C.V. war auch die „Frauengruppe des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ tätig.<sup>53</sup> Als Jugendorganisation hatte der C.V. den „Jüdischen Jugendverein“<sup>54</sup> mit einem eigenen Jugendheim am Steindamm 11.<sup>55</sup> In der Nationalismusfrage der Königsberger Juden blieb ein Phänomen der deutschen Juden völlig unbedeutend: das Phänomen der deutsch-völkischen Juden, die in Berlin, Breslau und München in dem „Verband der nationaldeutschen Juden“ besonders viele Anhänger fanden. 1933 vertrat Hans-Joachim Schoeps mit seinem „Deutschen Vortrupp, Gefolgschaft deutscher Juden“ eine antizionistische und gegen Ostjuden gerichtete Haltung,<sup>56</sup> wie sie in einem Verein in Königsberg nie zum Ausdruck kam.

Neben den Liberalen gab es die sehr kleine Gruppe der Orthodoxen, religiös in der Alten Synagoge bzw. der „Adaß Jisroel“ und politisch in der „Jüdisch-Konservativen Vereinigung“ organisiert, mit deren Rabbinern<sup>57</sup> und der einflußreichen Bankiersfamilie Marx, auf die hier nicht weiter eingegangen wird. Die zionistischen Organisationen schließlich waren die Ortsgruppe der „Zionistischen Vereinigung für Deutschland“ (um Erich Cohn) und die Jugendverbände. Gegenüber z.B. der „Kadimah“, dem zionistischen Jugendbund, entfaltete die Jugendgruppe des C.V. anscheinend eine weit geringere Aktivität und konnte in ihren Publikationen im „Gemeindeblatt“ auch nicht einen derartigen Enthusiasmus verbreiten. Die Aktivitäten der C.V.-Jugend gingen selten über ein Purim- oder Chanukkafest<sup>58</sup> oder ein Treffen mit der „Deutsch-Jüdischen Jugend Danzig“ hinaus.<sup>59</sup> Auch hier wurde das Deutschtum betont, und die Vorträge richteten sich öfters gegen den Zionismus. So hielten 1930

<sup>52</sup> 1906 wurde die Ortsgruppe des C.V. in Königsberg gegründet; vgl. Jacoby, *Leben* (wie Anm. 10), S. 45.

<sup>53</sup> 1922 wurde der Frauenverein des C.V. gegründet; vgl. E. W., *Frauengruppe des C.V.*, in: *KJG* (1924), Nr. 1, S. 6.

<sup>54</sup> 1911 wurde die Jugendgruppe des C.V. gegründet. Nach Jacoby, *Leben* (wie Anm. 10), S. 45, war 1930 der 1. Vorsitzende Bernhard Borkon; vgl. Akiba Eger, *Jüdischer Jugendverein*, in: *KJG* (1930), Nr. 1, S. 10.

<sup>55</sup> Dora Nadel, *Jüdischer Jugendverein*, in: *KJG* (1930), Nr. 5, S. 90.

<sup>56</sup> Donald L. Niewyk, *The Jews in Weimar Germany*. London 1980, S. 166f.

<sup>57</sup> Für die „Adaß Jisroel“-Gemeinde wirkten bis 1928 Rabbiner Dr. Jakobovitz, 1928–1932 Rabbiner Curt Peritz und ab 1932 Rabbiner Dr. Ochs.

<sup>58</sup> Purim wurde als Äquivalent des „christlichen“ Karnevals, Chanukkah als das des Weihnachtsfests gefeiert.

<sup>59</sup> Schilderung des Treffens in: [Anonymus,] *Jüdischer Jugendverein*, in: *KJG* (1929), Nr. 9, S. 139.

Erwin Lichtenstein aus Danzig (aufgewachsen in Königsberg) und Martin Sternfeld einen Vortrag über den Zionismus mit dem Ergebnis:

„Er [Lichtenstein] betrachte den Zionismus vom jüdischen, vom deutsch-jüdischen und vom allgemein-politischen Standpunkte aus und kam nach eingehender Betrachtung von allen Seiten her zur Ablehnung der Bewegung. (...) Es [das zionistisch geprägte Judentum] sei ein neues Judentum, das dem Juden sein eigentliches Wesen und seine Aufgabe nehme.“<sup>60</sup>

In den Vorträgen des C.V.-Frauenverbandes, die häufiger zu einem Konsens aller Juden gegen die Antisemiten aufriefen, wurde die zionistische Idee mit dem Hinweis auf „das Deutsche“ abgewiesen, das Herta Sabatzky, die Königsberger Vorsitzende des Frauenverbandes und Ehefrau des C.V.-Syndikus, 1930 anscheinend sowohl ‚objektiv‘ als auch ‚voluntaristisch‘ begründete:

„Wir deutschen Juden (auch die Zionisten sind doch deutsche ‚Assimilanten‘, sofern sie in Deutschland leben, sprechen, arbeiten und in deutschem Boden beerdigt werden) sind das Produkt deutscher Kulturgemeinschaft und der deutschen Nation; ihnen haben wir uns auf Grund einer uns selbstverständlichen Willensregung verpflichtet.“<sup>61</sup>

Zwei Jahre später war ihr Ton bereits offensiver – oder defensiver? – geworden:

„Aufgabe der deutsch-jüdischen Frau sei es, an der Seite des Mannes den Gedanken der Synthese von Deutschtum und Judentum zu vertreten. (...) Neben dem altjüdischen Erbgut der Religion müsse der Gedanke der Verwurzelung mit dem deutschen Heimatboden in der Kinderseele großgezogen werden, daß das Judentum keine Nation, sondern eine religiöse Stammesgemeinschaft sei. Die jüdische Abstammung, das jüdische Vaterhaus und die jüdische Umwelt gäben uns zwar eine besondere Prägung, jedoch entfremde uns das dem nichtjüdischen

<sup>60</sup> Erwin Lichtenstein bei einem Vortrag im Jüdischen Jugendverein; vgl. Eger, Jugendverein (wie Anm. 54), S. 10.

<sup>61</sup> Herta Sabatzky aus dem Vortrag für die Frauengruppe des C.V., „Warum sind wir C.V.-Frauen“, in: KJG (1930), Nr. 4, S. 51 f.

Deutschen genau so wenig wie etwa den ostpreußischen Bauern dem Berliner Proletarier. Der Gedanke vom Gastvolk im Wirtschaftsvolk sei aufs entschiedenste abzulehnen.“<sup>62</sup>

Herta Sabatzky ist hier unabsichtlich ein Eingeständnis dahingehend ent schlüpft, daß Nationalismus ein „imaginiertes Konstrukt“ [Anderson] ist: Auch der ostpreußische Bauer, auf den sich die Rednerin bezieht, hat mit dem Berliner Proletarier im Grunde wenig anderes gemein als die imaginierte Nation. In dem Zitat „Deutschtum und Judentum ist kein Gegensatz!“<sup>63</sup> lag apodiktisch das Ansinnen der Liberalen, von der nicht-jüdischen Umwelt akzeptiert und integriert zu werden. Diese Einstellung erschien nicht nur in Vorträgen des C.V.; auch einzelne liberal eingestellte Persönlichkeiten der jüdischen Gemeinde Königsberg taten in Artikeln ihre Meinung kund, besonders in Wahlkampfphasen innerhalb der Gemeinde.<sup>64</sup> Aber auch privat suchten viele Juden den Kontakt zu christlichen Königsbergern, besonders die akademische Oberschicht. Die Abneigung gegenüber den Ostjuden entstand aus dem Wunsch, sich im Kontrast zu ihnen als Deutsche aufzufassen. Immanuel Birnbaum schilderte das so:

„Eine geistige Verbindung zwischen den von den deutschen Klassikern und Philosophen beeinflussten gebildeten Königsberger Juden und diesen ‚jiddisch‘ sprechenden Sektierern gab es kaum. Sehr viel enger waren die Beziehungen der eingewanderten jüdischen Bürger zur christlichen Umgebung.“<sup>65</sup>

Die „Zionistische Vereinigung für Deutschland“ (Z.V.f.D.) war in Königsberg durch ihre Zionistische Ortsgruppe vertreten, deren Mitglieder bei Tagungen der Z.V.f.D. als Delegierte Königsbergs teilnahmen und

<sup>62</sup> Herta Sabatzky, Der C.V. und die Frauen, in: Kurt Sabatzky, Aus den Provinzgemeinden: Allenstein, in: KJG (1932), Nr. 1, S. 4.

<sup>63</sup> Oberstudiendirektor Dr. Hans Henning (Berlin) in einem Vortrag „Deutschtum und Judentum“, in: KJG (1928), Nr. 6, S. 87.

<sup>64</sup> Die Repräsentantenversammlung (die wiederum den Gemeindevorstand wählte) wurde von allen wahlberechtigten Mitgliedern der Gemeinde gewählt. In Königsberg kamen in den 20er Jahren dafür meist keine Einheitslisten mehr zustande. Justizrat Dr. Lichtenstein von der „Vereinigung für das liberale Judentum“ sagte in einem Vortrag „Kompromiß oder Wahl“: „Wir werden bei der Wahl unser Programm vorlegen und zeigen, wo die Trennungslinie zwischen uns und den Zionisten und den Orthodoxen andererseits verläuft.“ Zit. nach Oskar Eichelbaum, Vereinigung für das liberale Judentum, in: KJG (1930), Nr. 3, S. 51.

<sup>65</sup> Birnbaum, Achtzig Jahre (wie Anm. 33), S. 14f.

über die Ergebnisse berichteten.<sup>66</sup> Sie war im deutschen Vergleich recht stark.<sup>67</sup> In den innerjüdischen Gremien entsprach ihr die (demonstrativ so genannte) „Jüdische Volkspartei“. Innerhalb dieser Organisation gab es gegensätzliche Zielvorstellungen. Fritz Jacoby, der erste Historiker des jüdischen Königsberg, schrieb:

„Die Mehrheit der Zionisten in Königsberg (...) neigten einem progressiven Zionismus zu, der einen humanistischen, idealistischen Sozialismus unterstützte. (...) Die Minderheit der Zionisten traten für mehrere andere Parteirichtungen ein: den rechtsbürgerlichen allgemeinen Zionismus, den religiösen Zionismus und den linken Flügel der Arbeiterpartei.“<sup>68</sup>

Dennoch arbeiteten die Zionisten in ihrer Organisation zusammen und förderten gemeinsam die Jugendarbeit und die hebräische Sprachschule. Als die herausragenden Zionisten Königsbergs Ende der 20er Jahre können Sigmar Ginsburg, Kolef Daugilajcky, Arthur Cohn, Hermann Schloßberg und Julius Weißberg bezeichnet werden.<sup>69</sup>

An zionistischen Jugendverbänden gab es in Königsberg zunächst den „Nationaljüdischen Jugendausschuß“, der als Vertreter der gesamten zionistischen Jugend galt.<sup>70</sup> Der traditionelle Jugendbund „Blau-Weiß“ – nach

<sup>66</sup> Jacoby, *Leben* (wie Anm. 10), S. 94. – 1929 waren im Vorstand der Z.O.G. Dr. Daugilajcky, Dr. Ginsburg, Dr. Goldberg, Frau Goldberg, Dr. Lewald, Schloßberg, Julius Weißberg und Kurt Winter; vgl. Kurt Winter, *Zionistische Ortsgruppe*, in: *KJG* (1929), Nr. 12, S. 188.

<sup>67</sup> Legt man die Entrichtung der shekalim (der auf 1RM bemessenen Mitgliederbeitragspenden) als Maßstab an, liegen die Königsberger Zahlungen, gemessen an der Größe von Stadt und Gemeinde, recht hoch: 1925 z.B. zahlte Königsberg etwa so viel wie Köln und mehr als doppelt so viel wie München oder Dresden. Nur die jüdischen Metropolen Berlin, Breslau, Frankfurt, Hamburg, Altona und Leipzig lagen höher; vgl. Poppel, *Zionismus* (wie Anm. 36), Tab. 4.

<sup>68</sup> Jacoby, *Leben* (wie Anm. 10), S. 93.

<sup>69</sup> Arthur Cohn, Handelsgerichtsrat, Besitzer einer Lederwaren-Handelsfirma, langjähriger Vorsteher des Verbandes der Synagogengemeinde Ostpreußens und Mitglied der Königsberger Repräsentantenversammlung, 1922–1925 Vorsitzender der Kant-Loge, 1930 Gründer der Jüdischen Darlehnskasse, 1930 Vorsitzender des Israelischen Waisenhauses für Stadt und Provinz, 1931 Vorsitzender des Ferienheims Neuhäuser; Dr. Sigmar Ginsburg, Rechtsanwalt, „die zentrale Persönlichkeit des zionistischen Lebens in Königsberg dieser Zeit (1924–1933)“ (vgl. Jacoby, *Leben* [wie Anm. 10], S. 93), Mitglied im V.J.St. und schon 1913 als 21-jähriger mit diesem auf Palästinafahrt; Hermann Schloßberg, Prokurist, 1932/33 Vorsitzender des Friedhofsausschusses; Julius Weißberg, 1927 Student. Alle vier saßen um 1929/30 für die Jüdische Volkspartei in der Repräsentantenversammlung. Zu Kolef Daugilajcky vgl. Anm. 74.

<sup>70</sup> Den Nationaljüdischen Jugendausschuß gab es in Königsberg bis 1932; vgl. Jacoby, *Leben* (wie Anm. 10), S. 96.

den Farben der nationaljüdischen Bewegung – wurde 1929 im Deutschen Reich als Jugendbund „Kadimah“ neu gegründet. Die Königsberger „Blau-Weiß“-Gruppe schloß sich an. 1928 wurde aus dem „Verein Jüdischer Studenten“ (V.J.St.) heraus der „Jung-jüdische Verein für Zionisten“ gegründet, der sich schon im Frühjahr 1929 „Noar“ (Jugend) nannte und von da an intensive Arbeitsgemeinschaften führte.<sup>71</sup>

Die „Kadimah“ scheint eine der aktivsten Jugendorganisationen gewesen zu sein. Ihr Königsberger Bund hatte 1931 über 100 Mitglieder.<sup>72</sup> Max Zimels leitete die „Kadimah“, bis er 1931 in ihre Bundesleitung gewählt wurde.<sup>73</sup> Die „Kadimah“ förderte den zionistischen Gedanken unter den Jugendlichen und versuchte, sie auf ein mögliches Leben in Palästina vorzubereiten, indem sie Hebräisch lehrte, und man sich in diese Sprache unterhielt, politische Diskussionen über Themen zu Palästina führte und sogar versuchte, eine landwirtschaftliche Ausbildung anzubieten. Die hebräische Sprache wurde nachhaltig in der Hebräischen Sprachschule unterrichtet. 1920 von Dr. Kolef Daugilajcky<sup>74</sup> gegründet, war sie eine private Schule für Kinder und Erwachsene, die neben dem Lehrbetrieb einmal wöchentlich einen Konversationszirkel abhielt. Es wurden auch Kurse und Vorträge mit zionistischem Inhalt angeboten, die historischen, ethischen oder politischen Charakter trugen.<sup>75</sup> Neben Daugilajcky war der Student Max Zimels längere Zeit Lehrer an der Hebräischen Sprachschu-

<sup>71</sup> Ebenda, S. 99.

<sup>72</sup> Ralf Deutschländer, Kadimah, in: KJG (1931), Nr. 7, S. 99f.: „der Königsberger Bund mit seinen über 100 Angehörigen (ist) heute einer der größten Kadimahbünde des Reiches.“

<sup>73</sup> Beim 6. Bundestag der „Kadimah“ in Raundorf bei Dessau wurde Max Zimels zusammen mit Emmi Horowitz (Berlin) in die neue Bundesleitung gewählt; vgl. Ralf Deutschländer, Kadimah, in: KJG (1931), Nr. 9, S. 119.

<sup>74</sup> Kolef Daugilajcky wurde 1898 in Virbalis (Litauen) geboren und lebte ab 1911 im ostpreußischen Stallupönen. Nachdem er während des Krieges als Übersetzer für Russisch, Jiddisch und Hebräisch gedient hatte, wurde er 1918 deutscher Staatsbürger. Er erwarb 1919 die Hochschulreife, wurde an der Albertina immatrikuliert und promovierte 1922 in Nationalökonomie über „Die Bedeutung des jüdisch-russischen Zwischenhandels für den Königsberger Handel“ (Lebenslauf in o.g. Dissertation. Königsberg 1922). Seit 1924 leitete er die Königsberger Hebräische Sprachschule und war dort seit 1925 Vorstandsmitglied. 1929 und 1930 war er Vorsitzender der Zionistischen Ortsgruppe Königsberg und zog 1929 für die Jüdische Volkspartei in die Repräsentantenversammlung ein.

<sup>75</sup> Vgl. Jacoby, Leben (wie Anm. 10), S. 95. Seit 1924 war die 1920 gegründete hebräische Sprachschule ein Verein und arbeitete mit vier Lehrern und 50 Schülern. 1932 waren es schon elf Kurse mit 109 Schülern. Schulleiter war 1932 Schmuël Navon aus Tel-Aviv. Die Vorträge behandelten Jüdische Geschichte, Palästinakunde, nationale Minderheiten und innerzionistische Politik. Sie erhielt sich durch Spenden und ein geringes Schulgeld.

le.<sup>76</sup> Die Schaffung einer nationalen Sprache – nach Gellner, Anderson u.a. eines der wesentlichen Charakteristika der „Erfindung einer Nation“ – zeigt sich gerade im Falle der zionistischen Reaktivierung einer seit über 2000 Jahren auf eng umgrenzte Bereiche beschränkten Liturgiesprache gewissermaßen in Reinform.<sup>77</sup> Die nichtzionistischen Gruppen waren entsprechend mißtrauisch,<sup>78</sup> was die jungen Zionisten wiederum dazu führte, das Hebräische in geradezu heraldischer Weise zu verwenden.<sup>79</sup>

Auch auf den mindestens zweimal jährlich stattfindenden Fahrten der „Kadimah“ gab es täglich Kurse und Konversationszirkel in Hebräisch in allen Abstufungen. Dabei blieben die Königsberger nicht unter sich, sondern trafen sich mit anderen Gruppen der „Kadimah“. Politische Diskussionen und Vorträge gab es nicht nur in der Winterzeit in Königsberg, sondern auch auf den Fahrten. Der Enthusiasmus der Jugendlichen wird in den Artikeln spürbar, die lebendig wirken und kompromißlos formuliert sind. Von den Jugendlichen selber geschrieben (meistens von Ralf Deutschländer<sup>80</sup>) und mit zionistisch-hebräischen Symbolworten versehen, bieten diese Artikel der „Kadimah“ Informationen, die ansonsten in dem „Gemeindeblatt“ über zionistische Tätigkeiten nicht vermittelt wurden:

„Aber noch eins zog uns nach Georgsthal [bei Deutsch Krone, Grenzmark Posen-Westpreußen]: dort befindet sich ein großer Hachscharakibbuz (Ausbildungsort für Chaluzim). Auch zwei Königsberger Kadimahner arbeiten dort. Es ist erklärlich, daß

<sup>76</sup> Max Zimel gab 1931 den Unterricht an der hebräischen Sprachschule auf, nachdem er als Königsberger Vertreter in die Bundesleitung der zionistischen Jugendbewegung „Kadimah“ gewählt wurde. Zimels Nachfolger wurde der Lehrer Chaim Harsenis; vgl. Ralf Deutschländer, Kadimah, in: KJG (1931), Nr. 11, S. 142.

<sup>77</sup> Zwar war Hebräisch nicht die einzige Sprache, die im 19. Jahrhundert im Zusammenhang mit Nationsbildungen unter beträchtlichem Erziehungsaufwand von einer prestigösen Schrift- zu einer gesprochenen Volkssprache gemacht wurde (die „italienische“ und die „deutsche“ Sprache sowie das *katharevousa*-Griechisch sind die auffälligsten Beispiele). Aber in keinem anderen Fall war das literarische Modell so weit von der Sprachpraxis der künftigen Volksangehörigen entfernt.

<sup>78</sup> Neben den Liberalen, die das Konzept im Rahmen der nationalen Orientierung ablehnten, bestand unter der jüdischen Orthodoxie Widerstand gegen die Profanisierung der bisher auf den Raum des Heiligen beschränkten Sprache.

<sup>79</sup> Beschreibung eines Jugendausfluges der „Kadimah“: „Dann folgten wieder hebräische Lieder und schließlich ein heiterer Teil mit vielen Vorführungen und der wie immer ‚fanatisch‘ getanzten Horah. (...) Das deutsche Lied ist vollständig verschwunden, stattdessen singen wir heute die Lieder der Chaluzim. Die Landsknechtlieder haben den Ringunim aus Erez-Israel Platz gemacht.“ Deutschländer, Kadimah (wie Anm. 72), S. 100.

<sup>80</sup> Ralf Deutschländer war neben Max Zimel und Nechemja Ginsburg um 1931 eines der aktivsten Mitglieder der „Kadimah“; vgl. Jacoby, Leben (wie Anm. 10), S. 97.

es nicht nur interessant, sondern brennend aktuell für uns war, das Leben und Arbeiten der Chaluzim kennenzulernen und uns mit ihnen, die uns den schweren Weg vorangegangen sind, zu unterhalten. Wir waren viel mit den Chawerim des Kibbuz zusammen, und sicherlich haben viele von uns starke Anregungen für ihr weiteres Leben und ihre zionistische Arbeit bekommen.“<sup>81</sup>

Die besondere Vision der „Kadimah“ ließ sie überzeugend wirken, da sie nicht den Weg zwischen Deutschtum und Judentum finden mußte, sondern sich von Anfang an allein zum Judentum bekannte. Mangels abgedruckter Reden der Zionisten ist nur aus Berichten von Jugendfahrten zu sehen, wie sehr sich die Zionisten zu Beginn der 30er Jahre von der Denkweise der Liberalen entfernt hatten. Da wurde jede Identifikation mit dem ‚deutschen Volk‘ vehement verneint; die „Erfindung der Nation“ (Gellner) der Zionisten wurde mit allen Mitteln in Abgrenzung vom ‚Deutschtum‘ betrieben: Horah statt Landsknechtslieder. In einem anderen Artikel erklärte der „Kadimah“-Führer Ralf Deutschländer im Hinblick auf die Pflege ‚deutschen Liedguts‘ unter deutschgesinnten Juden: „Denn anders geartet ist doch wohl die Luft, die ein Lied wie ‚O Tannenbaum‘ atmet.“<sup>82</sup> Rhetorisch prägnant stellt er hier jenen direkten Zusammenhang von Konfession und Nationalität her, den die liberalen Juden unbedingt ablehnen mußten.

Die so produzierte nationale Orientierung der Kinder äußerte sich in aufsehenerregenden Praktiken: Zionistische Königsberger Schüler weigerten sich, einen Schulaufsatz zum Thema „Wie kann ich ein guter Deutscher sein“ zu schreiben.<sup>83</sup> Die zionistische Bewegung gab hier vielen ein neues Selbstverständnis. Den liberalen Juden war dieses wohl bewußt, und so mahnte der C.V. ein ums andere Mal: „Für die deutschen Juden gäbe es gegenüber dem Judenhaß nur die eine Antwort: Laßt euch nicht entdeutschen!“<sup>84</sup>

<sup>81</sup> Deutschländer, Kadimah (wie Anm. 72), S. 100. „Chaluz“ (Pl. „Chaluzim“) ist ein sich zur Auswanderung Vorbereitender, „Chawer“ (Pl. „Chawerim“) ein „Genosse“ im Kibbuz, der auf sozialistischer Grundlage organisierten Agrargenossenschaft.

<sup>82</sup> „Noch ein Beitrag zu ‚Jugend und Politik‘“, in: KJG (1930), Nr. 2, S. 21.

<sup>83</sup> Niewyk, Jews (wie Anm. 56), S. 110.

<sup>84</sup> Dr. Mauritius Kahn aus Berlin in seinem Vortrag „Judentum, Judenhaß und Judenfrage“, zit. nach: K. Sabatzky, Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, in: KJG (1931), Nr. 11, S. 142.

## V.

Nicht nur die ideologischen Differenzen waren Grund von Streitigkeiten im „Gemeindeblatt“; der Zionismus störte das ruhige Leben der deutsch-jüdisch-bürgerlichen Vereine und Institutionen in Königsberg, als er sich um die Jahrhundertwende immer stärker entwickelte. Allein die Präsenz einer sich artikulierenden jüdischen Bewegung wurde in diesem Sinne bereits als ein Schritt zur „Entdeutschung“ aufgefaßt. Insofern war die Debatte zwischen den Richtungen, wie sie sich im „Gemeindeblatt“ abspielte, nur die Verbalisierung eines weit umfassenderen Diskurses. Inhaltlich nämlich fanden beide Seiten durchaus gemeinsamen Grund. Die zionistische Förderung jüdischer Ansiedlung in Palästina ließ sich im Rahmen des religiösen Wohltätigkeitsgebots auch von deutsch orientierten Juden mittragen.<sup>85</sup> Diese Meinung wurde in der Gründung einer ostpreußischen Arbeitsgemeinschaft für die „Jewish Agency“ deutlich, bei der Liberale und Zionisten zusammenarbeiteten. 1930 wurde die Arbeitsgemeinschaft des „Keren-Hajessod“-Komitees („Jüdischer Nationalfonds“) für Ostpreußen und der ostpreußischen Mitglieder des Initiativkomitees für die Erweiterung der „Jewish Agency“ gegründet. Letzterem saß der Zionist Arthur Cohn vor, während der Vorsitzende des „Keren-Hajessod“-Komitees Justizrat Max Lichtenstein war, ein überzeugter, aber gemäßigter Liberaler. Er wurde auch einstimmig zum Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft gewählt und von Dr. Rosenkranz aus Insterburg und Arthur Cohn vertreten. Im „Gemeindeblatt“ betonten die Initiatoren den koalitionsären Charakter des Unternehmens:

„Die Begründung der Arbeitsgemeinschaft für die Jewish-Agency hat besondere Bedeutung auch für die Befriedung des innerjüdischen Lebens, weil in ihr eine Organisation geschaffen worden ist, in welcher die Vertreter aller jüdischen Gruppen, Liberale, Mitglieder des Central-Vereins, Orthodoxe und Zionisten u.a.m. einträchtig an einer gemeinsamen großen jüdischen Aufgabe in ehrlicher Partnerschaft zusammenarbeiten werden, an dem Aufbau Palästinas.“<sup>86</sup>

<sup>85</sup> Z.B. Prediger Mannheim (Osterode) in Bischofswerder am 30. März 1930 anlässlich der Inspektion des Religionsunterrichtes: „Unabhängig zur Einstellung des Zionismus befürwortete der Redner die Unterstützung Palästinas als das Land unserer Väter und unserer heiligen Stätten“; zit. nach Lichtenfeld, Aus den Provinzgemeinden: Bischofswerder, in: KJG (1930), Nr. 5, S. 86.

<sup>86</sup> [Anonymus,] Jewish Agency, in: KJG (1930), Nr. 1, S. 11.



In zahlreichen Artikeln des „Gemeindeblattes“ zeigten sich die Liberalen als Förderer des Palästinatedankens – also der territorialen Komponente des jüdischen Nationalismus, den sie eigentlich ablehnten, der sich aber auf konfessionelle Weise („Gelobtes Land“) auch außerhalb der nationalen Kategorien vertreten ließ. Die liberale Weigerung, Konfession und Nationalität zu koppeln, ermöglichte hier eine Strategie der innerjüdischen Versöhnlichkeit. Zu diesen Annahmen passen auch verschiedene Aufrufe im „Gemeindeblatt“. Der liberale Rabbiner und Redakteur Lewin druckte 1930 den Aufruf des zionistisch eingestellten Autors Arnold Zweig „Für das arbeitende Palästina“, in dem auf zwei Seiten die Entwicklung des Zionismus geschildert und zu Spenden für den Aufbau des gegenwärtigen Palästina aufgerufen wurde – unter Angabe von Kontonummern, wie es bis dahin nur bei Aufrufen zu Spenden für Wohlfahrts-hilfe oder Winterhilfe vorkam –, um „eine Heimstätte zu errichten, in der Juden nicht als Sündenböcke, nicht als Dolchstoßträger, nicht als fremdblütige und mit Peinlichkeit behaftete Mitbürger, sondern als volle Bürger nach dem Maßstab ihres produktiven, Gesittung fördernden Wesens auftreten und auch betrachtet werden können“.<sup>87</sup>

Es wurden auch anstandslos Berichte eines enthusiastischen Königsberger Studenten<sup>88</sup> oder des liberalen Rabbiners Apt aus Allenstein<sup>89</sup> über ihre Reiseeindrücke aus Palästina gedruckt. All dies fügt sich in die Bemühungen um (zumindest rhetorisch-ideologische) innerjüdische Einheit. „Zerrissen und zerstückelt“ sei der Begriff ‚jüdisch‘, der wieder „ganz und vollkommen“ gemacht werden müsse, lauteten die Klagen insbesondere in Zeiten von zunehmendem Antisemitismus und Erfolgen der NSDAP im Reich und in Königsberg.<sup>90</sup> Daß dies nach liberalen Prämissen geschehen müsse, daran konnte kein Zweifel bestehen. Denn der Streit mit den Zionisten, vordergründig um die nationale Orientierung

<sup>87</sup> Arnold Zweig, Für das arbeitende Palästina, in: KJG (1930), Nr. 2, S. 30f.

<sup>88</sup> Hermann Jacobi, Wie Tel-Aviv im vorigen Jahr Purim beging (Aus dem Privatbrief eines Studenten), in: KJG (1930), Nr. 3, S. 44f., hier S. 44: „Was sich hier tat, ist unvorstellbar. Wenn wir doch auch so frei, so unbefangen sein könnten, wie es die meisten jungen Leute hier sind (...)“

<sup>89</sup> „Allerdings scheint in den K’weuzoth (!) (Gemeinschaftssiedlungen; S. T.), deren wir auch einige besichtigen, das nationale Gepränge des Judentums stärker als das religiöse betont zu sein“ (S. 96); zit. nach Rabbiner Dr. Apt (Allenstein), Jüdische Eindrücke vor und nach Palästina, in: KJG (1930), Nr. 7, S. 94ff. – „Kibbuz“, Pl. „Kibbuzim“ ist maskulin, während es der liberale, mit dem Neuhebräischen offenbar wenig vertraute Rabbiner als Femininum dekliniert.

<sup>90</sup> „Deutsche Politik und jüdische Politik haben uns dazu verleitet. (...) Sie (die Friedensarbeit; S. T.) würde den Begriff ‚jüdisch‘, der heute so zerrissen und zerstückelt ist, wieder ganz und vollkommen machen.“ Hannah Karminski (Berlin), Aufgaben des Weltbundes jüdischer Frauen, in: [Anonymus,], Jüdischer Frauenbund, in: KJG (1930), Nr. 6, S. 108f.

geführt, verdoppelte sich durch das allgemeinpolitische Links-Rechts-Schema. Die Königsberger Zionisten, die – wie gesagt – mehrheitlich sozialistischen Ideen zuneigten, wurden schon darin von den Liberalen, die sozioökonomisch dem mittleren oder gehobenen Bürgertum zuzurechnen waren, als Bedrohung empfunden. Die Vortragsabende der „Zionistischen Vereinigung“ und der Jugendorganisation „Kadimah“ befaßten sich mit Fragen des Zionismus, der Ostjuden und auch des Sozialismus, wobei die Fragestellungen sich oft überschneiden. An dieser Stelle läßt sich ein spezifisch ostpreußischer Akzent der Debatte beobachten.

Der Zionismus proklamierte die Existenz einer jüdischen Nation, die selbstverständlich die ans europäische Bürgertum akkulturierten Juden (wie sie in Königsberg maßgeblich waren) ebenso umfaßte wie die vorwiegend in den arabischen Ländern lebenden sephardischen Juden und auch die Aschkenasen in den osteuropäischen Ländern – die „Ostjuden“. In ihrem gesamten Habitus war diese nach Millionen zählende jüdische Bevölkerung Polens, Litauens und der westlichen russischen Rayons von den westeuropäischen „assimilierten“ Juden deutlich verschieden. Dies ist nicht der Ort, auf die Animositäten einzugehen, die aus dem Kontakt westeuropäischer Juden mit ostjüdischen Einwanderern vor allem seit dem Ende des 19. Jahrhunderts entstanden.<sup>91</sup> Überall im Deutschen Reich – und darüber hinaus – empfanden liberal-akkulturierte Juden ihre in der zionistischen Ideologie enthaltene Identifizierung mit den „Ostjuden“ als Belastung. Aber an wenigen Orten hatte die Gleichung „Ostjude“ = „Sozialist/Kommunist“ = „Slawe“<sup>92</sup> eine solche geographische Brisanz wie im „abgetrennten“ Königsberg, umgeben von slawischen und baltischen Nationalstaaten mit mehr oder minder expliziten Annexionsinteressen an Ostpreußen und 400 km von der sowjetischen Grenze entfernt. Tannenberg blieb ein Fanal. Die Einweihung des monumentalen Tannenberg-Denkmal 1927 zeigte den Königsberger Juden nachdrücklich, wie wenig ihre nichtjüdische Umgebung sie als Teilhaber an dem Sieg (und der aus ihm resultierenden aktuellen nationalen Lage) akzeptierte. Zunächst waren zur Einweihung Redner aller drei ostpreußischen Konfessionen geladen worden; als jüdischer Vertreter war der vormalige Feldrabbiner und derzeitige Gemeinderabbiner (und Redakteur des „Gemeindeblatts“),

<sup>91</sup> Die maßgebliche Monographie zu diesem Thema, bezogen auf die Weimarer Zeit, ist: Trude Maurer, *Ostjuden in Deutschland 1919–1933*. Hamburg 1986. Vgl. auf Königsberg bezogen: Stefanie Schüler-Springorum, *Die jüdische Minderheit in Königsberg/Preußen, 1871–1945*. Göttingen 1996, S. 160–188.

<sup>92</sup> „Slawe“ selbstverständlich im Sinne der „slawischen Gefahr aus dem Osten“ deutschnationaler Ideologen, nicht im Sinne jüdischen oder slawischen Selbstverständnisses.

Reinhold Lewin, vorgesehen. Deutschvölkische Kreise, namentlich das Organisationskomitee des Festaktes, veranlaßten die Ausladung des Rabbiners – angeblich aus Rücksicht auf die Konstitution des Reichspräsidenten Hindenburg.<sup>93</sup> Das Ereignis wurde reichsweit kommentiert, während die maßgeblichen Zeitungen in Königsberg weitgehend Still-schweigen bewahrten.<sup>94</sup> Es war ein Erlebnis, das eines deutlich machte: Die imaginäre oder konkrete Präsenz des „Ostens“ war für die Königsberger Juden eine Art Bruchstelle ihrer identitären Optionen.

Einige beispielhafte Beiträge aus dem „Gemeindeblatt“ sollen dies illustrieren. Die zionistische Jugend, die regelmäßig Gruppenreisen nach Litauen unternahm, reagierte auf diese Begegnungen so: „Nicht zuletzt diente unsere Fahrt dazu, die Beziehungen von Ost- und Westjuden, (...) zu festigen. (...) Dank Euch, Ihr lieben Freunde, die ihr uns gezeigt, welche Schätze noch heute im Judentum *leben*, von dem wir *hier*, in Deutschland, nur eine leise Ahnung haben.“<sup>95</sup>

Dieser Identifizierung zu entkommen, war das Anliegen des deutsch-jüdisch denkenden Gerhard Birnbaum, der im „Gemeindeblatt“ von einer Reise nach Polen berichtete. Er versuchte, das politische und soziale Elend (nicht nur der Juden) jenseits der korrigierten ostpreußischen Grenzen zu schildern, indem er deutlich macht, daß es keinerlei Zusammengehörigkeit zwischen Ostjuden und Königsberger Juden gibt. Insbesondere warnte er vor den Gefahren des Kommunismus und des Zionismus und der entstehenden Unordnung: „Die zionistische Jugend Polens sympathisiert fast durchweg irgendwie mit der kommunistischen Agitation, und von den Sendboten, die in den östlichen Bezirken für ein Sowjetpolen unter russischer Aegide wirken, sind die meisten jüdisch.“<sup>96</sup>

Aufgrund dieses Artikels traf Birnbaum sofort harte Kritik aus den Reihen der ostjüdischen Studenten in Königsberg, wobei ihm antisemitische Argumente vorgeworfen wurden. Birnbaum milderte seine Stellungnahme, ohne etwas zurückzunehmen, indem er betonte, er stamme selber von dem Ostjudentum ab: „Nur sollte man endlich aufhören, den für einen Ketzer zu halten, der an Mißständen im eigenen Lager Kritik übt.“<sup>97</sup>

<sup>93</sup> Hindenburgs Büro scheint mit der Ausladung nichts zu tun gehabt zu haben. Vgl. zur Affäre ausführlicher Thiem, Notorious Herr Sabatzky (wie Anm. 49).

<sup>94</sup> Jedenfalls beklagte der C.V.-Syndikus Sabatzky die mangelnde Berichterstattung. Schon 1926 war es übrigens anlässlich der Tannenbergs-Feiern zu öffentlichen antijüdischen Reden gekommen.

<sup>95</sup> Kurt Schereschewsky, Unsere Fahrt nach Litauen, in: KJG (1928), Nr. 11, S. 146f. (Hervorhebungen im Original).

<sup>96</sup> Gerhard Birnbaum, Besuch bei den polnischen Juden, in: KJG (1927), Nr. 1, S. 2f.; Nr. 2, S. 15f.; hier Nr. 1, S. 3.

<sup>97</sup> Gerhard Birnbaum, Replik auf die Entgegnung aus den Kreisen der ostjüdischen Studierenden in Königsberg, in: KJG (1927), Nr. 2, S. 16f.

An derartigen (zionistisch-kommunistisch-östlichen) „Mißständen Kritik zu üben“ und so jeden Verdacht der Sympathie für das polnische und russische Judentum zurückzuweisen, mochte vielen liberalen Juden existentiell erscheinen. Die Mentalität im „abgetrennten“ Ostpreußen mochte eine solche Sympathie noch brisanter machen als in geopolitisch als weniger bedroht empfundenen Regionen. Gerade in dem vorherrschenden politischen und mentalen Klima Ostpreußens bedrohte das Konzept von der „jüdischen Nationalität“ das „deutsche“ Selbstverständnis vieler Juden unmittelbar – die drohende Identifizierung mit „dem Osten“ war der gemeinsame Nenner politischer und nationaler Ängste.<sup>98</sup>

Auf diese Einstellung reagierten die Zionisten ihrerseits oft scharf. Kurz nach dem ersten Wahlerfolg der NSDAP sagte ein zionistischer Gastredner aus Berlin über die Liberalen:

„Diese Gruppe der von Hitler aktivierten Juden sieht die Urheber der antisemitischen Welle in der zionistischen Ideologie und hat im inner-jüdischen Kampf die Hitlersche Parole ‚Schlagt die Juden‘ in der Variation ‚Schlagt die Zionisten‘ übernommen. Diese Juden mit dem plötzlich erwachten jüdischen Bewußtsein werfen den Zionisten vor, ein neues Ghetto schaffen zu wollen...“<sup>99</sup>

Es ist aber festzustellen, daß derart scharfe Töne in der Regel von auswärtigen Vortragsrednern angeschlagen wurden. Die Königsberger Zionisten in ihrer kleinen Gemeinde griffen ihre liberalen Nachbarn nicht mit dieser Vehemenz an.

In dem sich verändernden politischen Umfeld der Weimarer Republik, der gefährdeten Demokratie und dem wachsenden Antisemitismus lag der Schwerpunkt des Bewußtseins bei den Liberalen weiterhin im „Deutschsein“, und der Patriotismus, mit dem sie im „Gemeindeblatt“ immer wieder auf die gefallenen jüdischen Soldaten im Ersten Weltkrieg hinwiesen, hatte angesichts der nationalsozialistischen Erfolge schon etwas Verzweifeltes: „Die jüdischen Menschen [haben] das Auf und Ab der

<sup>98</sup> Ich verweise auf die oben erwähnte Mitarbeit der Königsberger jüdischen Gemeinde bei dem Versuch, die jüdischen Flüchtlinge aus den polnisch-sowjetischen Kriegsgebieten möglichst umgehend in die westeuropäischen Emigrationshäfen weiterzutransportieren.

<sup>99</sup> Vortrag von Dr. Siegfried Kanowitz aus Berlin am 14. Dezember 1930, „Der Zionismus im Kampf“; zit. nach Dr. Julius Weißbarg, Königsberger Zionistische Vereinigung, in: KJG (1931), Nr. 1, S. 8.

deutschen Geschichte, Zeiten des Glanzes und Zeiten des Niederganges nicht als unbeteiligte Betrachter, sondern als innerlich mit dem Vaterland verbundene Menschen erlebt.“<sup>100</sup>

Mit wachsendem Einfluß der Nationalsozialisten sahen sich die Liberalen genötigt, ihre nationale Orientierung konzeptionell klarer zu fassen:

„Die äußere und innere unsichere Situation der deutschen Juden dränge förmlich dazu, den eigenen Standpunkt immer wieder genau zu überprüfen. (...) Gegenüber der objektiven Volksidee vertraten die deutschen Juden die subjektive Volkstheorie, das heißt: ein Volk besteht aus denjenigen, die sich ihm innerlich verbunden fühlen, und da die Juden sich innerlich mit dem deutschen Schicksal eins fühlten, gehörten sie, obwohl ihnen das von bestimmter Seite bestritten würde, zum deutschen Volke...“<sup>101</sup>

Die diese „subjektive Volkstheorie“ vertretenden Juden sahen sich aber von zwei – wenn auch höchst gegensätzlichen – Seiten bedrängt: Sowohl die deutsch-völkische als auch die nationaljüdische Ideologie ging demgegenüber von sog. „objektiven“ Volksdefinitionen aus. Zudem waren die Zionisten nicht in der Verteidigungsposition wie die Liberalen, die ihre Lebensmaxime vor den antisemitischen Anfeindungen, den Zionisten und nicht zuletzt vor sich selber und ihren Zweifeln rechtfertigen mußten. Theodor Herzl hatte schon 1896 „die Judenfrage in ihrer knappsten Form“ folgendermaßen formuliert: „Müssen wir schon ‚raus‘? und wohin? Oder können wir noch bleiben? und wie lange?“<sup>102</sup> Anfang der 30er Jahre klangen die Gastredner in Königsberg dementsprechend zunehmend triumphaler: „Der Kampf der Zionisten, die als Staatsbürger selbstverständlich einen Platz in Deutschland haben, geht also innerjüdisch dahin, die liberale Aera zu liquidieren.“<sup>103</sup>

<sup>100</sup> Kurt Sabatzky in seinem Vortrag „Das Wahlergebnis vom 14. 9. 1930“, aus: Ders., Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, in: KJG (1930), Nr. 11, S. 181 f., hier S. 182.

<sup>101</sup> So z.B. Dr. Friedrich Brodnitz (Berlin) bei einem Vortrag in Königsberg am 29. Oktober 1932, zit. nach Kurt Sabatzky, Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, in: KJG (1932), Nr. 12, S. 142 (Konjunktiv wegen indirekter Rede).

<sup>102</sup> Theodor Herzl, *Der Judenstaat*. Erstdruck Leipzig/Wien 1896; Nachdr. Zürich 1988, S. 29.

<sup>103</sup> Vortrag von Dr. Siegfried Kanowitz, „Der Zionismus im Kampf“, zit. nach Weißbarg, *Vereinigung* (wie Anm. 99), S. 8.

Die Machtergreifung der Nationalsozialisten liquidierte die Ära der deutschen nationalen Option der Juden endgültig. Durch die nun institutionalisierte Erklärung der Nichtzugehörigkeit der Juden zum „deutschen Volk“ entfielen den liberalen Juden alle Argumente. Die Zionisten triumphierten insofern, als daß ihre seit 30 Jahren wiederholte Behauptung, die Assimilierung könne nicht gelingen, nun auf das brutalste bestätigt wurde. Die zionistische „Jüdische Rundschau“ sah im April 1933 die Machtergreifung auf besondere Weise:

„Es ist nicht unsere Art, zu lamentieren. Auf Ereignisse von dieser Wucht mit sentimentalen Salbadereien zu reagieren, überlassen wir jenen Juden einer vergangenen Generation, die nichts gelernt und alles vergessen haben. (...) Wir leben in einer neuen Zeit, die nationale Revolution des deutschen Volkes ist ein weit hin sichtbares Signal, daß die alte Begriffswelt zusammengestürzt ist. (...) Die Judenheit trägt eine schwere Schuld, weil sie den Ruf Theodor Herzls nicht gehört, ja teilweise verspottet hat. Die Juden wollten nichts davon wissen, daß ‚eine Judenfrage‘ besteht. Sie glaubten, es komme nur darauf an, als Jude nicht erkannt zu werden. Man wirft uns heute vor, wir hätten das deutsche Volk verraten; die nationalsozialistische Presse nennt uns, und wir sind dagegen wehrlos, den ‚Feind der Nation‘. *Es ist nicht wahr, daß die Juden Deutschland verraten haben. Wenn sie etwas verraten haben, so haben sie sich selbst, das Judentum, verraten.* Weil der Jude nicht sein Judentum stolz zur Schau trug, weil er sich um die Judenfrage herumdrücken wollte, hat er sich mitschuldig gemacht an der Erniedrigung des Judentums ...“<sup>104</sup>

Die „Nationalität als Option“ war für die ostpreußischen Juden mit dem Jahr 1933 auf Dauer beendet. In den folgenden Jahren sollten noch zahlreiche Bevölkerungsgruppen in Ostmitteleuropa – und schließlich auch die „deutschen“ Ostpreußen – erfahren, daß über ihre Nationalität (und die damit verbundenen Konsequenzen: Aussiedlung, Umsiedlung, Vernichtung) nunmehr „objektiv“ entschieden wurde – für die meisten von ihnen mit furchtbaren Konsequenzen.

---

<sup>104</sup> Zit. nach: Tragt ihn mit Stolz, den gelben Fleck, in: Jüdische Rundschau Nr. 27 vom 4. April 1933, S. 1 (Hervorhebungen im Original).